

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 8-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenpfeiffer & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Grunwald, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies.
Halle a. S. J. L. Bark & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Johann, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinrich Kistler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Organisation des Personalkredits der mittleren Stände.

Die von dem Finanzminister bei Gelegenheit
der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über
den Antrag von Mendel-Steinfels angekündigte
Konferenz über die Förderung des Personalkredits
der mittleren Stände hat am 18. d. M. unter
Beteiligung des Handelsministers, des Finanz-
ministers und des Ministers für Landwirtschaft,
Domänen und Forsten im Finanzministerium statt-
gefunden. Zu der Beratung waren Vertreter
der verschiedenen Richtungen des gesellschaftlich
organisierten Kreditwesens sowie von landwirt-
schaftlichen Zentralvereinen und Innungsaus-
schüssen aus den verschiedenen Theilen des Staates zu-
gegen. Die Verhandlungen, denen die von den be-
teiligten Ministern ausgearbeiteten vorläufigen
Entwürfe und aufgestellten Fragen zu Grunde
lagen, hatten vornehmlich die Prüfung der Frage
zum Gegenstand, ob ein Bedürfnis vorliegt, für
den gesellschaftlichen Personalkredit eine Zentral-
anstalt (Ausgleichsstelle) zu schaffen, sowie die
Begrenzung des Geschäftskreises einer solchen An-
stalt, die ihr zu gebende Organisation und die
Beschaffung der für ihren Betrieb und die Er-
füllung ihrer Zwecke erforderlichen Mittel.

Von den Mitgliedern der Konferenz wurde
fast ausnahmslos der auch von der Staats-
regierung getheilten Auffassung Ausdruck gegeben,
dass den produktiven Klassen des Mittelstandes,
insbesondere dem Handwerk und den bürgerlichen
Berufen, die für ihr Gedeihen notwendige ge-
sunde und billige Personalkredit vielfach noch nicht
zur Verfügung stehe, und dass auch der von den
vorhandenen Kreditverbänden und Kreditinstituten
ihren Mitgliedern gewährte Kredit vielfach noch
zu theuer sei. Die Schaffung einer Zentralan-
stalt, die zwar die bestehenden Genossenschaften
und deren Verbände in ihrer vollen Selbständig-
keit zu belassen, ihnen aber neben der Eröffnung
billigen Kredits als große Ausgleichsstelle für die
in den Einzelverbänden disponiblen Mittel zu
dienen haben würde, wurde als in hohem Grade
wünschenswerth und als besonders geeignet aner-
kannt, die Entwicklung des Personalkreditwesens
wirksam zu unterstützen, die Bildung von Kredit-
genossenschaften, von solchen noch nicht vorhanden,
und den Zusammenschluss der Genossenschaften zu
größeren Verbänden zu fördern und damit eine
Zusammenfassung und Regelmachung aller für
den Personalkredit erreichbaren Mittel herbei-
zuführen.

Von besonderem Interesse für die Be-
urtheilung der Bedürfnisfrage waren die statistischen
Mittheilungen über den gegenwärtigen Stand der
Kreditgenossenschaften. Danach entbehren zur
Zeit noch fast 500 Städte in Preussen einer
Kreditgenossenschaft überhaupt. Von den in Preussen
vorhandenen 2600 Kreditgenossenschaften gebören
1142 dem Schulz-Deichthum, 1488 dem Pfand-
eisenhaften System an; erstere umfassen rund 500 000
Mitglieder, darunter 170 000 Landwirthe, letztere
etwa 140 000 Mitglieder, die ausserhalb des land-
wirtschaftlichen Standes angehören. Die ge-
samte landwirtschaftliche Bevölkerung Preussens
stellt daher zu den Kreditgenossenschaften bisher
nur gegen 310 000 Mitglieder. Ueber die Höhe
des Zinsfußes für die von den Pfand-eisenhaften
Genossenschaften ihren Mitgliedern gewährten
Kredite ist eine Statistik nicht vorhanden; dagegen
liegt eine solche für 994 Genossenschaften nach
Schulz-Deichthum vor. Unter diesen 994 befinden
sich 493, welche an Provision und Zinsen für
Vorschusswechsel und Darlehen gegen Schuldscheine
und Hypothek über 5-6 pCt. nehmen, und 136,
bei denen der Zinsfuß über 6 pCt. hinausgeht, bei
einzelnen bis auf 9-11 pCt. steigt.

Vollst. Einverständnis bestand darüber, dass
es nicht Aufgabe der zu errichtenden Zentral-
anstalt sein könne, den einzelnen Genossenschaften
Kredit zu gewähren oder sie direkt zu beeinflussen
und zu leiten, dass sie vielmehr in der Regel nur
mit den größeren genossenschaftlichen Verbänden
und Verbanden in Verbindung treten dürfe,
um durch ihre Vermittlung den einzelnen Genossen-
schaften diejenigen Kreditvortheile zu verschaffen,
welche die Anstalt mit Hilfe ihrer eigenen Mittel,
der ihr als Ausgleichsstelle zuzurechnenden Kapitalien
und des ihr bei den großen Geldinstituten des
Reiches und des Staates (Reichsbank, Landes-
bank) erreichbaren billigen Kredits gewähren kann.
In gleicher Weise wird sie mit den von den Land-
schaften oder von den Provinzen und Landesstän-
denverbänden für den Personalkredit errichteten
Instituten insbesondere da in Verbindung treten
können, wo diese noch nicht zu einer sich selbst ge-
nügigen Leistungsfähigkeit erstarkt sind.

Uebrigens wurde auch dem Wunsch Aus-
druck gegeben, die Zentralanstalt nicht nur, wie
die Vorschläge der Staatsregierung vorsehen, den
eigentlichen Kreditgenossenschaften, sondern auch
anderen auf Grund des Bundesgesetzes vom 4. Juli
1868 und des Reichsgesetzes vom 1. Mai 1889
errichteten, insbesondere auch den Produktivgenos-
schaften und Konsumvereinen zugänglich zu
machen; dass auch hier sehr fühlbare Bedürfnisse
einer Verbesserung und Regelung des Kreditwesens
überwiege das von anderer Seite geltend gemachte
Bedenken, es könne hierdurch der Anstalt zu-
fallende Wirkungsfeld über das wenigstens für
die nächste Zeit empfehlenswerthe Maß hinaus ge-
steigert und die Intensität ihrer Wirksamkeit damit
beeinträchtigt werden.

In der Frage der äußeren Organisation der
Zentral-Institutes trat die Konferenz nach schärfster
und angeregter Debatte den Vorschlägen der
Staatsregierung durchweg bei. Diese gingen von
der Erwägung aus, dass die Entwicklung der Ver-
hältnisse und der Zentralanstalt selbst sich zur
Zeit nicht ausreichend übersehen lasse, und dass
deshalb der Anstalt bei ihrer ersten rechtlichen Or-
ganisation vor Allem die freieste Beweglichkeit ge-
sichert werden müsse, damit sie dem Bedürfnis
auf dem Gebiet des Kreditwesens jederzeit folgen
und zu dessen Förderung mit selbstthätiger
Initiative eingreifen könne. Diesem Zweck würde
zunächst ein als rein staatliche Anstalt organisiert
Institut schon wegen der Gefahr zu schwerfälliger
Verwaltung nicht entsprechen; überdies lässt sich
damit für die Staatskasse notwendig verbundene
unbegrenzte finanzielle Forderung, die eine un-
angenehm erscheinen. Auch die reichsrechtlich ge-
ordneten Gesellschafts- und Genossenschafts-
formen (Aktien-Gesellschaft, eingetragene Ge-
nossenschaft, Gesellschaft mit beschränkter Ver-
antwortung) erscheinen wenig geeignet. Ihr Ver-
waltungsapparat ist an sich schon sehr kompliziert,
und die hieraus und aus den besonderen gesetz-
lichen Vorschriften des Gesellschaftsrechts für die

Verwaltung und Entwicklung der Anstalt folgen-
den Hemmnisse würden noch dadurch verstärkt
werden, dass der Staat auf die entscheidende Ein-
wirkung auf die Anstalt nicht verzichten kann
und durch das Eingreifen der staatlichen Leitung
und Aufsicht der ganze Apparat noch komplizierter
werden müsste. Entscheidend aber fiel für die zu-
nächst ins Auge zu fassende Gestaltung des In-
stituts ins Gewicht, dass es bei der gegenwärtigen
Lage der Landwirtschaft und des Handels
darauf ankommt, ihnen die mögliche Hilfe auch
so bald als möglich zu bieten, dass aber zur Zeit
gar nicht zu übersehen ist, ob die verschiedenen
großen und kleinen Verbände Neigung haben, sich
zu einer gesellschaftlichen Organisation zusammen-
zuschließen, und noch weniger, mit welchen finan-
ziellen Mitteln und unter welchen Bedingungen
sie sich bei einer solchen Organisation betheiligen
würden. Es ist deshalb in Aussicht genommen
worden, dass Zentralinstitut als eine selbst-
ständige, nicht gesellschaftlich organisierte Anstalt
mit juristischer Persönlichkeit (Einzelkaufmann) zu
errichten, welche der staatlichen Leitung unter-
steht und einwirken auch vom Staat allein mit
dem notwendigen Betriebsfonds ausgestattet wer-
den soll. Die Möglichkeit, dass sich die einzelnen
genossenschaftlichen Verbände finanziell daran be-
theiligen, ist dabei von vornherein gegeben (Ein-
lagen stiller Gesellschafter), die Möglichkeit, dass
das Institut sich später bei Konsolidation der
Verhältnisse zu einem gesellschaftlichen oder ge-
nossenschaftlichen Verband weiter entwickle, offen
geblieben. Um aber der Anstalt die feste Führung
mit dem praktischen Leben, den wechselnden und
in fortgesetzter Entwicklung begriffenen Bedürf-
nissen des genossenschaftlichen Kreditwesens zu
sichern, soll von vornherein und ohne Rücksicht
darauf, ob die mit der Anstalt in Geschäfts-
verbindung stehenden Verbände sich selbst finanziell
an deren Forderung betheiligen, diesen Verbänden
eine beratende Mitwirkung an der Verwaltung
der Anstalt zugewiesen und zu diesem Zwecke der
Direktion der Anstalt ein Beirat zur Seite ge-
stellt werden, der wesentlich aus Vertretern jener
Verbände zu bilden sein würde.

Wenn auch erwartet werden darf, dass die
Anstalt die für ihre Zwecke erforderlichen Mittel
sich in immer höherem Maße durch ihren eigen-
en, auf fortwährendem Umschlag beruhenden Geschäfts-
verkehr, insbesondere durch die ihr als Ausgleichs-
stelle zuzurechnenden verfügbaren Bestände der ge-
nossenschaftlichen Verbände, durch Depositionen
und Giroverleihen, Diskontierung von Wechseln u. s. w.
beschaffen wird, so bildet doch die sichere finan-
zielle Fundierung mit einem ausreichenden Be-
triebsfonds die erste Voraussetzung für ihre ge-
deckte Thätigkeit. Diese Ausstattung mit einem
Betriebsfonds kann nach Lage der Sache nur durch
staatliche Mittel erfolgen. Die Konferenz schiedte
in dieser Beziehung einhellig der Auffassung der
Staatsregierung bei, dass diese staatlichen Mittel
nicht in Form eines Darlehens zu gewähren sein
würden, dass es sich vielmehr empfehlen, den
Staatszuschuss als eine vom Staat etwa aus-
stiller Gesellschafter gemachte feste Einlage der
Anstalt zur Verfügung zu stellen. Nur so könne
die Anstalt von vornherein in den notwendigen
Weg eines eigenen Vermögens gelangen, das in
Verbindung mit dem aufzusammelnden Referen-
dums- und etwaigen späteren Einlagen der ge-
nossenschaftlichen Verbände ihre eine ausreichende
finanzielle Fundierung und eine feste Kreditwür-
digkeit in weit höherem Grade sichern werde als
ein bloßes Darlehen, das sie von vornherein mit
einem starken Passivum belaste. Auch könne
hierbei der Staatszuschuss sich in erheblicher niedri-
geren Grenzen halten, als dies bei Gewährung
eines bloßen Darlehens möglich wäre. Die Kon-
ferenz war der Ansicht, dass der für den Betriebs-
fonds in Vorschlag gebrachte Betrag von etwa
fünf Millionen Mark dem Bedürfnis voraussetz-
lich voll entsprechen und hinreichen werde, der
Anstalt eine sehr ansehnliche und bedeutungsvolle
Basis zu sichern. Von allen Seiten wurde
über besondere Wert darauf gelegt, dass das an-
erlassene Gesetz, welches die Anstalt mit juristi-
scher Persönlichkeit ausstatte, ihre äußere Or-
ganisation regeln und ihr den festen Betriebs-
fonds zur Verfügung stellen müsste, in seinen
Einzelbestimmungen, namentlich hinsichtlich der
Einzelheiten ihrer Verwaltung und ihres Ge-
schäftsverkehrs, durchaus elastisch gehalten und
damit die Gewähr geschaffen werden müsse, dass
die Anstalt den jeweilig hervor tretenden, wech-
selnden und zur Zeit nicht zu übersehenden Be-
dürfnissen des genossenschaftlichen Kreditwesens an-
passen könne.

Von den beteiligten Ministern wurde in
Aussicht gestellt, auf dieser Grundlage alsbald
einen Gesetzentwurf auszuarbeiten und dem
Staatsministerium zur Beschließung vorzu-
legen. Möglicherweise könne derselbe noch in der
gegenwärtigen Session dem Landtage vorgelegt
werden.

Deutschland.

Berlin, 22. Mai. Graf von der Schulen-
burg-Dechenhoff beantragt, das Herrenhaus wolle
nachstehende Resolution beschließen: „Im Interesse
der Erhaltung des ländlichen Grundbesitzes ist es
geboten, der reichsten amtsortlichen Boden-
verschönerung Einsatz zu thun und auf eine all-
seitige Schuldenentlastung Bedacht zu nehmen.
Die reichsrechtlichen Bestimmungen über Ver-
schönerung, Teilbarkeit und Vererbung des Grund-
besitzes sind durch einschneidende deutsch-
rechtliche Vorschriften zu ersetzen. Als solche kom-
men in Betracht: die Einführung des Anerben-
rechtes in den Gegenden, wo es der Volkswirthschaft
entspricht. Die Errichtung von Heimstätten, auf
Grund des dem deutschen Reichstage vorgelegten
Gesetzentwurfes. Die Ersetzung der ländlichen
privaten Hypothek durch die seitens des Gläubigers
unlösliche, binnen einer bestimmten Zeit zu
amortisierende Pfandhypothek.“

Der Präsident des Abgeordnetenhauses,
Herr von Köller, wird der „Volkszeitung“ zufolge
nach den Pfingstferien sich zu einer Kur nach
Gmü. begeben. Unter diesen Umständen wird die
Leitung der Geschäfte für die letzte Zeit der
Session der Vizepräsident von Freytag über-
nehmen.

Die Frage einer Revision der vom
Washingtoner internationalen Schiffsahrtkongress
verabschiedeten Nebensignale auf hoher See dürfte
wohl mit Sicherheit in einem den dagegen er-
höhten Reklamationen entsprechenden Sinne gelöst
werden. Bekanntlich ist von fernöstlichen Prä-
sidenten verschiedener Nationen die Zweckmäßigkeit
der beizubehaltenen Washingtoner Vereinbarungen der

aufrechterhalten werden. In England wurde ein Komitee
niedergesetzt und hat seine Abänderungsvorschläge
nach längeren Beratungen und Unterstützung von
der öffentlichen Meinung, mit völliger Ueberein-
stimmung formuliert. Auch aus den Niederlanden
wurden analoge Bedenken laut, unter Betonung
des Umstandes, dass die Komplexität der Nebensig-
nale eine große Gefahr in sich schließt. Was die
Stellungnahme Deutschlands betrifft, so werden
diesseits dem Vernehmen nach drei der in
Rede stehenden Signale als unnötig betrachtet
und deshalb zur Ausmerzung vorgeschlagen und
überhaupt betont, dass die Washingtoner Verein-
barungen zu hohe Anforderungen an die Gedächtnis-
kraft der Seefahrer stellen. Man wird hiernach
in der Annahme wohl nicht irre gehen, dass die
an 15. Stelle der Washingtoner Konvention ge-
setzten Nebensignale in ihrer vorge-
schlagenen Form nicht zur internationalen Ein-
führung gelangen würden.

Koblenz, 21. Mai. Die „Koblenzer Zeitung“
benachrichtigt energisch die von den „Münchener
Neuesten Nachrichten“ gebrachte Nachricht, dass
Herrg. Alfred regierungsmilde sei.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 21. Mai. Im Abgeordnetenhaus er-
regten sich heute hitzige Scenen. Als der
Präsident während der Steuerdebatte einen Antrag
mit 97 gegen 90 Stimmen als abgelehnt erklärte,
erhob die Opposition donnernden Widerspruch und
verlangte namentlich die Abstimmung. Es entstand
ein großer Tumult. Steiner rief: „Dann
betheiligen wir uns an dem ganzen Schmelz-
überhaupt nicht mehr!“ Die Junggehehen riefen:
„Standal!“ „Was lassen wir uns nicht bieten!“
Der Präsident wiederholte, er könne eine zweite
Abstimmung nicht zulassen. Steiner rief: „Das
werden die Herren büßen! Diese Vorlage darf
nicht zu Stande kommen!“ Der Präsident er-
theilte unter anhaltendem Lärm Steiner einen
Dringlichkeitsauftrag. Nun verlangten die Junggehehen
abermals die Erneuerung der Abstimmung. Der
Präsident antwortete wieder ablehnend. Dann be-
trugte Steiner den Schluss der Sitzung, was die
Mehrheit ablehnte, worauf der Präsident dem
Junggehehen Pacat das Wort erteilte. Die
Opposition brach in heftigen Lärm aus. Man
rief: „Schluss! Nicht reden!“ Präsident: „Ich
rufe die Herren, die in so ungebührlicher Weise die
Würde des Hauses verletzen, zur Ordnung!“

Erneuter Tumult. Schließlich beantragte Pacat
die Unterbrechung der Steuerdebatte, was in
namentlicher Abstimmung abgelehnt wurde. Erst
als Pacat gesprochen hatte, wurde die Steuer-
debatte abgebrochen. Jetzt kam ein junggeheher
Dringlichkeitsauftrag zur Verhandlung, der Wahl-
reformauschuss solle über die Wahlreform bis
zum Juni Bericht erstatten. Bei der Begrün-
dung des Antrages war Kaiser der Koalition
Korruption der politischen Moral vor. Er
sagte, Oesterreich liege Ungarn gegenüber da
hinter, die Regierung wolle die Hilfe des
Papstes gegen missliebige Parteien an. Minister
Bacchum widersprach hierauf den Redungen
über das Gerede der Verhandlungen des Unter-
komites vom Wahlreformauschuss. Er theilte mit,
dass Unterkomitee werde in den nächsten Tagen seine
Anträge dem Wahlreformauschuss vorlegen. Die
Regierung bestreite nicht solcher Mahnungen, wie sie
dieser Dringlichkeitsauftrag enthalte. Sie werde
im Interesse der Sache und vom Standpunkte
ihres Pflichtgefühls alles aufbieten, damit das
Haus sich bald mit der Wahlreform befassen
könne. Bernerstorfer warf der Regierung und
dem Parlament Unfähigkeit vor; er rief dem
Hause zu: „Wenn Sie der Theil sein beim
Schicksal, das Sie sich selbst machen. Sie können
im letzten Augenblicke vielleicht doch noch aus-
kommen und wieder einmal die Wähler betrogen!“
Präsident: „Ich bitte, solche Ausdrücke nicht zu
gebrauchen.“ Der Junggeheher Kammer rief auf:
die Wähler hin, die Herrlichkeit in der Wahlreform
gepflegt habe. Oesterreich brauche ein Parlament,
das mit mehr Würde und Verständnis die be-
stehende Verfassung nach außen vertrete. Die Frage
an den österreichischen Reichstag, welchen Ein-
fluss er auf die Erneuerung des Reichstages ge-
nommen habe, würde man als einen schlechten Wis-
sauflassen. Steiner rief heftig die Koalition
partei an, die nur ihre eigene eingeschmuggelte
Erkenntnis fristen wollten. Es sei schade um jeden
Tag, an welchem die Erkenntnis dieses Parlaments
verlängert werde. Der Junggeheher Brorard
sagte, die Koalition sei in der Lage eines
bankrotten Kaufmanns. Zulest wies im Namen
des Vizepräsidenten die Behauptung zurück, dass die
Wahlreform vertrieben werden wolle. Man
werde die Solidarität des Reichstages nicht er-
schüttern. Weniger warf den Oppositionsrednern
ihre selbst und rücksichtslos auf, worauf
großer Tumult folgte. Die Junggehehen riefen:
„Raffen Sie ihn mir schimpfen! Das geht nur
mit an! Es liegt mir nichts daran.“ Der
Präsident ersuchte hierauf Menner, solche Aus-
drücke nicht zu gebrauchen. Nachdem noch der
Junggeheher Herold gesprochen hatte, lehnte das
Haus den Dringlichkeitsauftrag ab.

Wien, 21. Mai. Die feierliche Ueberreichung
der Kredite des kaiserlichen Vizepräsidenten v. Kapniß
findet am 24. d. M. statt.

Wien, 21. Mai. Der „Kaiser Hof“ schreibt:
Unter den Redenungen der Wähler über den
neuen Minister des Innern, Grafen Gol-
dowski, ist diejenige der „Norddeutschen All-
gemeinen Zeitung“ schon darum die bemerkens-
werthe, weil sich darin der Gedanke abspiegelt,
von welchem die Mächte des Ostens in ihren
Beziehungen zu einander geleitet sind, das näm-
lich die Allianz und die Richtung derselben durch
keinerlei persönliche Momente alterirt werden kön-
nen. Dass dabei an erster Stelle das Vertrauen
zu den Absichten anderer Monarchen zum Ausdruck
kommt, kann uns nur mit lebhafter Genugthuung
erfüllen.

Frankreich.

Paris, 19. Mai. Was alsbaldige Bedach-
ter gleich bemerkt hatten, das erwies sich jetzt
als Thatfache: die Katholikentage der ersten
Kategorie in Clermont-Ferrand ist nichts anderes
als eine kirchliche Schilderhebung gegen die be-
stehenden Gewalten, eine jener immer häufiger
werdenden Kundgebungen gegen die Zeitströmung,
in denen die störrischen Katholiken ihre Rück-
sicht auf zu erproben lieben. Die Bevölkerung
wird durch das Zusammenströmen von 45 über
50 hundert und höchsten Kirchenfürsten, durch die
Ankunft Tausender von Pilgern unter Führung
ihrer Parrer, durch häufige Hochämter und
Kirchengerechtigkeiten zu allen Tages- und Abend-

stunden in Aufregung versetzt und jansettirt, und
dies gelingt ihm so leicht, als die Bewohner der
Hauptstadt der alten Aberglaube sich nicht durch
einen besonders hohen Grad von Auffassung und
geistiger Selbstständigkeit auszeichnen. Diese
Stimmung benutzte dann die Veranstalter der
Feier, um die Kirchenbesucher gegen die Behörden,
das Parlament, die bestehende Ordnung der
Dinge zu verheizen und im Schatten des Kreuz-
banners antisemitische und antirepublikanische
Propaganda zu treiben. Der berühmte Domini-
kaner Pater Montfaucon, früher der beliebteste
Kanzlerprediger von Paris und mehrere Jahre hin-
durch Jansenprediger von Notre Dame, hat in
einer maßlos heftigen Rede die in der Katho-
likale versammelten Tausende von Wallfahrts-
und Gläubigen aufgefordert, einen neuen Kreuz-
zug gegen die „Aussager Frankreichs, die
Kosmopoliten, die Juden, die Freimaurer, die
Gottlosen, die Politiker“ zu unternehmen und im
Namen der Herrschaft der Kirche wiederherzustellen,
und die Wirkung seiner Worte war dergestalt, dass
die Hörer in einen wilden Tumult gerieten und
zu jeder Ausföhrung bereit waren, wenn sie
einen Führer gehabt und ein unmittelbares er-
reichbares Ziel gesehen hätten. Die Regierung hat
allen Angehörigen des Heeres verboten, an der
Clermont-Ferrander Feier theilzunehmen. Dafür
war sie von den Klerikalen heftig angegriffen
worden. Es zeigt sich aber, dass sie die Sachlage
richtig gewürdigt und verständlich gehandelt hat.

Paris, 21. Mai. Die Bureau der Depu-
tiertenkammer wählten heute die Budgetkommission.
Die Mehrzahl der Mitglieder der letzteren sind
Gegner des von dem Finanzminister Ribot vorge-
legten Budgetentwurfs und verlangen Erstattungen
an Stelle neuer Steuern; die Republikaner verlangen
eine Einkommensteuer. Unter den Mitgliedern der
Kommission befinden sich u. A. Rochon, Pellat,
Carrien, Cavaignac, Salis, Barthou. Jules
Rocher und Rivaud wurden nicht wieder gewählt.
Die Kommission besteht aus 16 Republikanern,
welche Anhänger der Regierung sind, einem So-
zialisten und 16 Republikanern. Man nimmt an, dass
17 Mitglieder für die Einkommensteuer stimmen
werden. Die Republikaner werden Cavaignac den
Vorsitz anbieten.

Der Senat nahm heute seine Sitzungen
wieder auf und vertagte sich alsbald auf nächsten
Montag.

Italien.

Rom, 21. Mai. Der Finanzminister Boselli
widerlegte in seiner Rede, die er heute in Camera
hielt, durch eine eingehende Darlegung die Be-
hauptungen, dass die Steuern mangelhaft ein-
gekehrt würden und dass die Steuerkraft des Landes
erschöpft sei. Boselli legte dar, dass die Ein-
nahmen die Vorschläge um 14 Millionen über-
schreiten und der Kassenbestand in den ersten
zehn Monaten 1894-95 24 Millionen mehr als
in der gleichen Periode des Jahres 1893-94 be-
tragen hat.

Russland.

Petersburg, 21. Mai. Im Gegenseitigen
zu den bisherigen Meldungen ist über die Reise des
Kaiserpaars in diesen Jahre noch nichts be-
stimmt, selbst die Reise nach Kopenhagen ist frag-
lich, da diese vom Zustand der Kaiserin abhängt.
Die Kaiserin führt ihrer Niederkunft Ende Sep-
tember entgegen.

Zur Gesundheitspflege.

Notizen für Hausfrauen.

Von Dr. Max Feindau.

[Nachdruck verboten.]

Mit der öffentlichen von Staat und Gemeinde
bewirkten Gesundheitspflege möchte, um einen best-
möglichen allgemeinen Gesundheitszustand zu er-
zielen, die Privat-Hygiene Hand in Hand gehen,
letztere läßt aber leider noch viel zu wünschen
übrig. Es zeigt sich dies stets in Zeiten einer
Majorenkrankung, wie z. B. während der letzten
Influenza-Epidemie.

Das Lüften und die Reinhaltung der
Wohnungen, zwei wesentliche Bedingungen
zur Erhaltung der Gesundheit, werden beifol-
gende theils ungenügend und theils ganz falsch
ausgeführt; jeder Arzt wird dies bestätigen.

Das Lüften einer Wohnung hängt nur vom
„Wollen“ ab, wenn man die Fenster lange ge-
nug offen hält, wird der Zweck mühelos erreicht;
das Reinigen dagegen bedingt Zeit und Arbeit;
es liegt also im Interesse der Hausfrauen,
die rationelle Art der Zimmer-Reinigung mit be-
sonderer Aufmerksamkeit zu verbinden und hierauf
besonders acht zu geben.

Salons, Speisezimmer u. s. m. mag man nach be-
stehendem System behandeln, aber in Schlaf-
kammern, Korridoren und Wirtschaftsräumen
lasse man den Fußboden täglich u. s. m. auf-
wischen, denn es wird hierdurch die Zimmer-
luft erheblich gereinigt und das Wohlbefinden ge-
fordert.

Die Hausfrauen wissen dies auch ganz gut
und wenn sie trotzdem diese hygienische Vorschrift
außer Acht lassen, so geschieht es aus Sparam-
tumsgründen, weil sie befürchten, dass die Fuß-
böden durch die Wäsche leiden und neu geputzt
werden müssen, was viel Geld kostet, auch für be-
wachte Räume u. s. m. sehr ansehnlich sein soll.

Das Reinigen nur so lange, als man die
Fußböden auch mit Desinfektionsmittel und
desen unentgeltlich penetranter Geruch und lang-
sames fleißiges Treiben es allerdings fast un-
möglich macht, bewachte Räume renovieren zu
lassen; seit längerer Zeit hat man aber ein prak-
tisches Präparat für Fußboden-Auflösung, den so-
genannten Glimmlack!

Von verschiedenen durch mich geprüften
Fabrikanten dieser Art behauptete sich am besten
der Fußboden-Glimmlack von Franz Christoph
in Berlin (Mittelstraße 1.), der gelbbraun, maßig
eigen, ausbaum und grau geliefert wird; er ist
ganz leicht zu fertigen, kann daher ohne Vorant-
nisse vom Dienpersonal bearbeitet werden,
trocknet bei absoluter Geruchlosigkeit während des
Trocknens und ist somit bei jeder Witterung,
auch bei geschlossenen Fenstern verwendbar.
Es ist daher gar nicht mehr unüblich, be-
wachte Räume zu reinigen, damit der
Christoph'sche Fußboden-Glimmlack hinterläßt auch
kein Neben, sondern giebt eben dem Fußboden
einen farbegehaltigen prächtigen Glanz, der gegen
Kälte, Staub und auch das Zimmer sehr
bald wieder benutzt werden; es wird überdies
auf möglichst glatt, so daß ein Ausgleiten, wie es
auf Parkett vorzukommt, ausgeschlossen ist.

Derselben Lack ohne Farbzusatz liefert die
Firma für Parkettböden und Dielen mit Oelan-
strich, denen er seinen Glanz giebt; dieser
farbloze Lack eignet sich auch zum Streichen von
Wandbänken, Möbeln u. s. m., die hierdurch ansehn-
licher und widerstandsfähiger werden.

In tausenden deutschen Haushaltungen ist
der Christoph'sche Glimmlack eingeführt, ebenso in
vielen Krankenhäusern und Hotels, für welche
letzteren er unentbehrlich ist, weil oft ein für den
nächsten Tag bestelltes Zimmer über Nacht
renoviert werden muß und mit keinem anderen
Material der Fußboden so schnell geputzt
werden kann.

In den meisten Orten Deutschlands bestehen
Niederlagen der Firma, wo solche nicht vorhanden
sind, wenn man sich direkt an das Berliner
Stammhaus, Mittelstraße 1., welches Postfach
Nr. 950 verleiht, deren Inhalt zum Er-
neuerungsanfrage zweier Zimmer genügt.

Nachdem somit die Möglichkeit erwiesen ist,
die Fußböden derartig zu präparieren, daß ihnen
die Wäsche nicht schadet, empfehle ich allen Haus-
frauen dringend, die Schloß in immer täglich
sorgfältig behandeln zu lassen, da gerade auf
diesem Fußboden durch das Federn der Betten u.
naturgemäß sich am meisten Staub ablagert.

Der Christoph'sche Glimmlack ist also mit
Recht als ein Mittel zur Förderung der Haus-
haltungs-Hygiene zu bezeichnen und ist seine große
Verbreitung darum durchaus erklärlich.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 22. Mai. Wir haben auf eine
Reihe Unzulänglichkeiten aufmerksam gemacht,
die sich bei der jetzigen Verwaltung unserer
Kirchhöfe bemerkbar gemacht haben. Während
aber die bisher gerügten Unzulänglichkeiten sich
über einen Wechsel der Persönlichkeit betreffen
ließen, hat leider auch das von der Stadt jetzt
eingeführte System eine Reihe anderer Unzu-
tragsigkeiten gezeigt. Die Kirchhofsin-
spektoren nehmen jetzt eine doppelte Stellung
ein. Auf der einen Seite haben sie die
Beaufsichtigung des Kirchhofes, sie haben für
Ordnung und Ruhe auf demselben zu sorgen, sie
haben die Grabstellen anzuweisen, Auskunft über
Gräber früher Verstorbener zu erteilen u. s. m.
Insoweit sind sie unzweifelhaft Auf-
sichtsbeamte. Auf der andern Seite
beziehen sie nicht ein einfaches Gehalt wie
diese, sondern sind darauf angewiesen, sich den
größten Theil ihrer Einnahmen durch die von
ihnen auszuführenden Arbeiten — Grabpflege,
Kreuze, Steine, Gitter u. s. m. — selbst zu verdienen.
Insoweit sind sie wieder Geschäftselemente
und zwar ist das Verhältnis zwischen ihnen und
der Stadt dahin näher gerückt, daß sie von dem
Verdienste, welchen sie haben, bis zu einer ge-
wissen Summe in die Kasse, über jene Summe
hin aus der die Stadt die Grabstellen zu bezahlen
haben. Die Kirchhofsinpektoren sind daher halb
Aufsichtsbeamte und halb Geschäfts-
elemente; und auch die Stadtverwaltung selbst par-
tizipiert an dieser Zwitterstellung insofern, als sie
durch ihre Beamten die Aufsicht auf dem Kirch-
hofe ausübt, und von dem erworbenen Verdienst
die Hälfte beizulassen drei Viertel in die eigene
Kasse stellt. Nun werden die Naturen stets
etwas verschiedenes verlangt sein. Der eine der
Herrn Kirchhofsinpektoren wird sich mehr als
Aufsichtsbeamter, der andere mehr als Geschäfts-
mann zeigen. Je mehr aber das letztere der Fall
ist, um so größer wird die Verführung sein, daß
der Herr Kirchhofsinpektor als Aufsichtsbeamter
dem Herrn Kirchhofsinpektor als Geschäftsmanne
einen Gefallen thut, z. B. bei der Anweisung der
Grabstellen u. s. m., den er den übrigen kon-
kurrierenden Geschäftsleuten nicht zu thun braucht
und auch nicht thut. Es wird selbstverständlich
nicht immer zu beweisen sein, daß der Herr Kirch-
hofsinpektor als Aufsichtsbeamter dem Herrn Kirch-
hofsinpektor als Geschäftsmanne besonders bevor-
zugt — der Vorgang spielt sich ja im Innern einer
einzelnen Person ab —; aber wenn beispielsweise die
einigen Grabstellen immer die besten sind, deren
Pflege, Kreuz, Stein, Gitter u. s. m. dem Herrn
Kirchhofsinpektor übertragen worden sind; wenn
jerner die Arbeiter des Herrn Kirchhofsinpektors
jeden um 5 Uhr Morgens mit der Grabpflege
beginnen können, während den Arbeitern der
übrigen Geschäftsleute der Kirchhof erst um 6 Uhr
geöffnet wird; wenn ebenso die Arbeiter des Herrn
Kirchhofsinpektors am Charfreitag und Oster-
sonntage die Gräber begießen dürfen, die Arbeiter
der übrigen Geschäftsleute des Festtages wegen
anderer Arbeit; wenn deshalb an diesen beiden Fest-
tagen, an denen ja ein ungewöhnlich großer Besuch
der Hinterbliebenen auf dem Kirchhofe stattzu-
finden pflegt, die begünstigten Gräber des Herrn
Kirchhofsinpektors viel früher und besser gepflegt
aussehen, als die der übrigen Pfleger, denen ein
Begießen nicht gestattet war, — so wird man es den
übrigen Geschäftsleuten nicht verdenken können, wenn
sie behaupten, daß unter solchen Umständen von
einer freien Konkurrenz nicht mehr die Rede sein
kann, sondern daß die Grabpflege und was dazu
gehört, mehr und mehr zu einem Monopol des
Herrn Kirchhofsinpektors geworden ist und sie
selbst ruinirt werden. — Man kann sich dabei ja
auch ganz verschiedene Standpunkte stellen! Da
die Stadt ja an dem Gehalt des Herrn Kirch-
hofsinpektors partizipiert, so mögen die Leute,
welche einzig und allein den Säckel der Stadt
im Auge haben, derartige Vorgänge ja ganz in
der Ordnung finden, und ein solches Vorgehen
für besonders schmeichlich halten — von hier aus
erklärt sich vollständig, daß z. B. Herr Stadtrath
Wiegand in einem solchen Vorgehen eine besondere
Pflichterfüllung zu erblicken scheint. Wenn aber das
wohl der Bürger und Einwohner
unserer Stadt in erster Reihe steht, — der
wird es nicht verstehen, weshalb durch Zustände
wie die geschilderten eine ganze Reihe von
Erzengnissen brodeln und bis zum völligen Ruin
gebracht werden sollen. — Trotz mannigfacher
Genugthuung gegen die bisherige Majorität der
Stadtverordneten-Versammlung können wir ihr
doch nicht das Zeugnis verweigern, daß sie in dieser
Beziehung sich stets auf den Standpunkt gestellt
hat, bei der Pflege der Gräber jedem Einwohner
unserer Stadt die Konkurrenz möglich machen zu
wollen. — Es sollten nun aber Maßregeln zu
treffen sein, daß diese freie Konkurrenz
den Einwohnern unserer Stadt auch wirklich
und in der That offen gehalten wird, und daß
sie nicht durch die oben charakterisierte Zwitter-
stellung der Herren Kirchhofsinpektoren und die
Mittheilung der Stadt an deren Geschäften
lediglich ein toter Buchstabe bleibt; hoffent-

